28. September 2026 / Direktion Bildung und Sport (SH/NL)

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES

Volksauftrag betr. «Weiterführung der finanziellen Unterstützung für das Momentum Olten sicherstellen!» / Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 23. und 24. September 2026 haben die Erstunterzeichnenden Alexander Troitzsch und Markus Berger einen Volksauftrag mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Vorschlag:

Der Stadtrat wird beauftragt, mit der Genossenschaft Trendsporthalle Olten eine Leistungsvereinbarung im Umfang von mindestens CHF 49'400.00 pro Jahr auszuhandeln. Die Vereinbarung soll ab dem 1. Januar 2028 gelten und auf eine langfristige Sicherung des Angebots ausgerichtet sein.

Begründung:

Der Stadtrat beabsichtigt, die Leistungsvereinbarung mit der Genossenschaft Trendsporthalle Olten per Ende 2027 auslaufen zu lassen. Damit wäre die Zukunft des Momentum ernsthaft gefährdet.

Die Unterstützung der Stadt für den Skatebetrieb in Olten hat eine über zwanzigjährige Geschichte. Aus einem politischen Auftrag, der Skater-Szene einen festen Ort für Sport, Begegnung und Gemeinschaft zu bieten, entstand schrittweise das heutige Momentum. Seit der Eröffnung der Trendsporthalle im Jahr 2018 wurden mit grossem ehrenamtlichem Engagement eine einzigartige Infrastruktur und eine tragfähige Organisation aufgebaut. Unzählige Stunden Freiwilligenarbeit sowie erhebliche Eigenleistungen der Genossenschaft haben dazu beigetragen, dass sich das Momentum zu einem etablierten Bewegungs- und Begegnungsort entwickeln konnte, der heute jährlich rund 10'000 Besuche von Kindern, Jugendlichen, Familien, Schulen und Vereinen verzeichnet. Ein Wegfall der Leistungsvereinbarung würde diese über Jahre aufgebaute Infrastruktur, das damit verbundene Know-how und das aussergewöhnliche ehrenamtliche Engagement das Ende bedeuten.

Das Momentum bietet heute weit mehr als einen Skatepark und eine Boulderhalle. Es ist ein Ort der Bewegungsförderung für Kinder, Jugendliche und Familien, wird von Schulen, dem freiwilligen Schulsport, dem Ferienpass sowie Vereinen genutzt und leistet einen wichtigen Beitrag zur offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Olten. Die Boulderhalle dient dabei nicht der Konkurrenzierung kommerzieller Angebote, sondern ergänzt den Skatepark als Teil eines einzigartigen, auf Sportförderung ausgerichteten Gesamtkonzepts. Das Momentum versteht sich als Trainings- und Förderstätte für den Skate- und Bouldersport und ermöglicht die Ausübung beider Sportarten auf allen Niveaus – vom ersten Kontakt bis zum ambitionierten Training. Das Angebot entspricht damit in besonderem Mass den Zielen des Sportleitbilds des Kantons Solothurn, das niederschwellige Bewegungsförderung, freiwilliges Engagement sowie den Zugang zum Sport für alle Bevölkerungsschichten als zentrale Anliegen definiert.

Der Skatepark wird bewusst nicht gewinnorientiert betrieben. Dies entspricht der Realität vergleichbarer Anlagen in der ganzen Schweiz. Skateparks richten sich in erster Linie an Kinder und Jugendliche und sollen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Nutzerinnen und Nutzer zugänglich bleiben. Die tatsächlichen Betriebs- und Infrastrukturkosten lassen sich mit sozialverträglichen Eintrittspreisen nicht decken. Deshalb werden Skateparks schweizweit von Gemeinden oder gemeinnützigen Organisationen mit öffentlicher Unterstützung betrieben.

Die Genossenschaft Trendsporthalle Olten anerkennt die finanziellen Herausforderungen der Stadt Olten und unterstützt die Bemühungen, den finanziellen Handlungsspielraum langfristig zu sichern. Die beantragte Leistungsvereinbarung berücksichtigt dies bereits: Gegenüber dem heutigen Beitrag von CHF 52'000 entspricht sie einer Reduktion um fünf Prozent auf CHF 49'400 pro Jahr. Diese Einsparung ist für die Genossenschaft tragbar und stellt einen fairen Beitrag an die Sparanstrengungen der Stadt dar, ohne den Fortbestand des Angebots zu gefährden.

Gleichzeitig ist die Leistungsvereinbarung auch finanzpolitisch sinnvoll. Mit einem jährlichen Beitrag von CHF 49'400 wird ein Angebot mit einem Gesamtbudget von rund CHF 170'000 ermöglicht, das in hohem Mass auf Eigenleistungen, Freiwilligenarbeit und gesellschaftlichem Engagement beruht. Jeder von der Stadt investierte Franken löst damit ein Mehrfaches an Eigenleistung aus. Würde die Stadt ein vergleichbares Angebot selbst organisieren, wäre dies mit deutlich höheren Kosten verbunden.

Mit diesem Volksauftrag wird der Stadtrat aufgefordert, die Leistungsvereinbarung mit der Genossenschaft Trendsporthalle Olten über das Jahr 2027 hinaus fortzuführen und damit den langfristigen Erhalt des Momentum als Ort der Bewegung, der Begegnung und der Kinder- und Jugendarbeit sicherzustellen.»

* * *

Stadtrat Nils Loeffel beantwortet den Volksauftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Mitte März hat der Oltner Stadtrat zeitgleich sein Regierungsprogramm sowie ein Massnahmenpaket 2026-2029 vorgestellt: Einerseits soll die Stadt aktiv gestaltet und weiterentwickelt werden, andererseits sind dafür die nötigen Ressourcen sicherzustellen. Mit dem neuen Regierungsprogramm legte der Stadtrat dar, wie seine Vision für Olten aussieht und mit welchen Massnahmen er dieses Zielbild erreichen will. Gleichzeitig will er mit dem Massnahmenplan 2026 – 2029, welcher sich aus einer umfassenden Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ergab, den nötigen Spielraum schaffen, um die geplante Weiterentwicklung langfristig abzusichern und die künftige finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt zu wahren, damit auch neue Themen und Unvorhergesehenes Platz finden. Strategie und Finanzen greifen damit bewusst ineinander: Die inhaltliche Entwicklung Oltens wird konsequent mit einer soliden Finanzpolitik verbunden.

Obwohl die Stadt Olten heute über eine stabile Finanzsituation verfügt, ist sie – wie viele Gemeinden im Kanton Solothurn – mit stetig wachsenden Ausgaben konfrontiert, die das nachhaltig erwartete Einnahmenwachstum zunehmend übersteigen. Viele Ausgaben kann die Stadt nur beschränkt beeinflussen, hinzu kommen wichtige und grosse Investitionsvorhaben: Neuer Bahnhofplatz Olten, neuer Schulraum und Sanierungen von bestehendem, Sanierung des Stadttheaters, Verbesserung der Stadtquerung im Bereich Winkel, Sanierung des

Kunstmuseums, um nur einige zu nennen. Mittel- bis langfristig droht damit eine erhebliche Lücke zwischen Aufwand und Ertrag. Trotz erheblicher kurzfristiger Mehreinnahmen im Rahmen der Jahresrechnung 2025 aufgrund eines ausserordentlichen Einmaleffekts weist die aktuelle Finanzplanung ab dem Jahr 2028 strukturelle Defizite von und 10 Mio. Franken pro Jahr aus. Die Pro-Kopf-Verschuldung könnte bereits im Jahr 2030 die Grenze von 5'000 Franken überschreiten, was ein Schuldencontrolling durch den Kanton auslösen kann, das wesentlichen Einfluss insbesondere auf die Investitionstätigkeit haben würde.

Die tatsächliche Ausgaben- und Einnahmensituation der Stadt Olten ist mittel- und langfristig naturgemäss mit Unsicherheit verbunden. Im Wissen um die teilweise erheblichen Auswirkungen finanzpolitischer Massnahmen und zur Vermeidung einer Überreaktion zielt das Massnahmenpaket deshalb vorläufig auf eine Reduktion von lediglich der Hälfte des erwarteten strukturellen Defizits, das heisst um rund 5 Mio. Franken ab. Per Ende der Legislatur wird der Stadtrat eine erneute Standortbestimmung vornehmen und je nach Finanzlage weitere Massnahmen prüfen.

Um die finanzielle Handlungsfähigkeit frühzeitig und vorausschauend zu sichern, hat der Stadtrat im März 2025 eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung eingeleitet, die teilweise von der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) begleitet und mit einem Benchmarking auf Basis der Daten von PublicXdata ergänzt wurde. Der daraus abgeleitete Massnahmenplan 2026 - 2029 ist so ausgestaltet, dass das strukturelle Defizit schrittweise reduziert wird, ohne die Leistungen der Stadt übermässig zu beeinträchtigen. Ziel ist, die Ausgaben um rund 2.6 Mio. Franken zu senken und durch eine moderate Steuererhöhung um 3 Prozentpunkte Mehreinnahmen in vergleichbarem Umfang zu generieren. Das strukturelle Defizit mit Massnahmen lediglich auf der Einnahmenseite beheben zu wollen, erscheint dem Stadtrat aufgrund der Erfahrungen mit beantragten Steuererhöhungen als chancenlos; ein zeitlicher Aufschub der Sparmassnahmen würde das grundlegende Problem ebenfalls nicht lösen, zumal der Kanton derzeit im Begriff ist, seine Steuerpolitik zuungunsten der Gemeinden zu verändern.

Bei der Überprüfung der Aufgaben wurde unter anderem geprüft, in welchen Bereichen die Stadt Olten im Vergleich mit anderen Gemeinden verhältnismässig hohe Ausgaben hat und wo diese stark gewachsen und signifikant sind. Weitere Kriterien waren die kurzfristige Umsetzbarkeit und die Mehrheitsfähigkeit.

Die zehn vorgesehenen Massnahmen sind vielseitig: So soll der durchschnittlich anzustrebende Klassenbestand gemäss dem entsprechenden Regierungsratsbeschluss insgesamt nicht mehr unterschritten werden. Geplant sind ferner eine Anpassung des Ausbaustandards bei peripheren Gemeindestrassen, Kürzungen bei Leistungsvereinbarungen, die Zusammenführung von Stadt- und Jugendbibliothek in der Altstadt, eine Senkung der Ausstellungskadenz sowie eine Reduktion der Öffnungszeiten bei den Museen sowie diverse finanztechnische, administrative und prozessuale Anpassungen in der Verwaltung. Die Umsetzung der Massnahmen liegt nicht immer in der abschliessenden Kompetenz des Stadtrats und wird teilweise bis zum Legislaturende dauern.

Bei den Kürzungen der bestehenden Leistungsvereinbarungen hat der Stadtrat festgelegt, dass über alle Leistungsvereinbarungen 10% eingespart werden sollen, dies teils ab 2027, teils ab Ende der Laufzeit bestehender Vereinbarungen. Jede Direktion trägt ihren Anteil von 10% ihres Volumens bei. Es wurde aber bewusst auf eine generelle Kürzung um 10% in «Rasenmähermethode» verzichtet, sondern zwei Leitgedanken angewendet:

- Wo der Kanton die Zuständigkeit trägt oder das Eigenfinanzierungspotenzial des Leistungspartner als gross erachtet wird, zieht sich die Stadt zurück.
- Wo beides nicht greift, wird priorisiert. So gehen beispielsweise in den Bereichen Soziales und Bildung Kernstrukturen der städtischen Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienarbeit ergänzenden Angeboten vor. Das bedeutet aber nicht, dass die betroffenen Partner ihre Leistungen nicht erbracht haben.

Der Stadtrat schätzt das Angebot und die Arbeit der Genossenschaft Trendsporthalle. Die Kombination von Boulderhalle und Skatepark im Momentum ist eine Erfolgsgeschichte, die über viele Jahre gewachsen und breit verankert ist. Der Stadtrat anerkennt das erhebliche ehrenamtliche Engagement, das dahintersteckt. Der Entscheid ist in erster Linie eine Priorisierungsentscheidung: Der Stadtrat hat abgewogen, welche Angebote prioritär erhalten werden sollen. Robi Olten, Jugendarbeit VJF, Ludothek und MiniMove wurden geschützt, weil sie ohne städtische Beteiligung definitiv wegfallen würden. Das Momentum verfügt demgegenüber über eine Trägerschaft, eine Community und eine Infrastruktur, die zusätzliche Möglichkeiten zur Eigenfinanzierung bieten. Eine Weiterführung mit einer Reduktion des Beitrags um lediglich 5% (CHF 49'400.00 statt wie aktuell CHF 52'000.00) wäre mit dieser Priorisierung nicht vereinbar und würde Einsparungen bei anderen Leistungsvereinbarungen notwendig machen.

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Leistungsvereinbarung bisher einen Teil der Niederschwelligkeit des Angebots mitfinanziert hat und dass mit dem Ende der Leistungsvereinbarung auch die damit verbundenen Ansprüche für die Oltner Schulklassen, den Schulsport oder den Ferienpass wegfallen werden. Auch auf den Umfang und die Ausgestaltung der Öffnungszeiten wird die Stadt keinen Einfluss mehr geltend machen können. Der Stadtrat ist sich dieser Konsequenzen bewusst.

Der Stadtrat hält daher an seiner Entscheidung fest und empfiehlt den Volksauftrag zur Ablehnung.

Der Stadtschreiber

